

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Postfachkonto: Dresden 1484
Elbeblatt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1484
Elbeblatt Nr. 20.

Nr. 290.

Dienstag, 15. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Robott erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigenbelegungen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Wanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die schwierige Situation.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Betrauung des demokratischen Parteiführers Dr. Koch mit der Regierungsbildung hat die parlamentarische Krise in ein neues Stadium geleitet. Nachdem Dr. Koch den Auftrag angenommen hat, wird die Frage des Zustandekommens der Großen Koalition damit endgültig zum Austrag gelangen, denn im Falle eines Scheiterns der Bemühungen Dr. Koch dürfte voraussichtlich jede Aussicht auf die Bildung einer Regierung der Großen Koalition gerät sein. Dr. Koch hat am Montag bis in die frühen Abendstunden mit den Parteiführern verhandelt, ohne zu einem positiven Resultat zu gelangen. Lediglich das Zentrum und die Demokraten haben ihm ihre nachdrückliche Unterstützung zugesagt, während die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie sich in keiner Weise festgelegt haben. Die Sozialdemokratie war in den Mittagsstunden bereit, Dr. Koch wenigstens insofern entgegenzukommen, als sie sich für Verhandlungen über die Große Koalition bereit erklärte. Darüber hinaus haben die sozialdemokratischen Führer jedoch in den Abendstunden eine ziemlich scharf formulierte Erklärung abgegeben, in der betont wird, daß die Deutsche Volkspartei sich erst über die Annahme der sozialdemokratischen Forderungen äußern müsse, ehe die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verhandeln könne. Damit ist der Versuch, die Parteien schon jetzt gemeinsam am den Verhandlungstisch zu bringen, vorläufig gescheitert.

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei haben in den Besprechungen mit Dr. Koch keinen Zweifel daran gelassen, daß sie eine Lösung auf der Grundlage der Großen Koalition für wenig aussichtsreich halten und daß sie die sozialdemokratischen Forderungen als das Hindernis für das Zustandekommen einer Regierung der Großen Koalition betrachten müssen. Diese halbe Abgabe hat in den demokratischen Kreisen eine ziemlich pessimistische Stimmung hervorgerufen. Die demokratischen Parlamentarier behaupten, es seien hinter den Kulissen Kräfte am Werke, die durch Sabotage der Großen Koalition eine parlamentarische Regierungsmehrheit überhaupt unmöglich machen würden. Es sei Aufgabe Dr. Kochs, die Sabotageakte durch größte Aufmerksamkeit zu vermeiden. Augenscheinlich meinen die Demokraten damit die Bestrebungen der Deutschen Volkspartei, die Betrauung Dr. Kochs mit der Regierungsbildung durchzusetzen. Wenn der Reichspräsident bisher noch nicht die Betrauung Luthers ausgesprochen habe, so liegt dies lediglich daran, daß die Gegner der Großen Koalition erst andere Parlamentarier mit dem Versuch der Regierungsbildung zum Scheitern drängen wollen. Nach der sorgfältig vorbereiteten Taktik soll Dr. Luther erst dann an die Front geschickt werden, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind.

An dieser Kombination ist jedenfalls soviel richtig, daß tatsächlich eine Kanalisierung Dr. Luthers nach wie vor in Frage kommt, zumal irgendwelche Aussichten auf das Zustandekommen der Großen Koalition tatsächlich kaum noch vorhanden sind. Wenn man den Versicherungen mäßigenden parlamentarischer Kreise Glauben schenken darf, so wird Dr. Koch voraussichtlich im Laufe des Dienstag gezwungen sein, den Auftrag an den Reichspräsidenten zurückzugeben.

Die demokratische Reichstagsfraktion, die am Montag an der parlamentarischen Lage Stellung nahm, faßte den endgültigen Beschluß sich nur an einem Kabinett der Großen Koalition zu beteiligen. Ähnlich haben sich die Führer des Zentrums dahingehend ausgesprochen, daß sie die Bemühungen Dr. Kochs nachdrücklich unterstützen werden und entschlossen seien, einer Regierung, die nicht auf der Grundlage der Großen Koalition beruht, fernzubleiben. Bei diesen Erklärungen dürfte vor allen Dingen der Umstand maßgebend gewesen sein, daß eine Regierung der Mitte nicht auf längere Zeit gebildet werden könnte und daß die beiden Parteien die Verantwortung für eine Zwischenlösung nicht übernehmen dürfen. Wenn Dr. Luther jetzt ein neues Kabinett bilden soll, so müsse er sich darüber klar sein, daß ihm die notwendige Mehrheit im Reichstag fehlen wird. Wenn er damit rechnet, daß das Zentrum und die Demokraten durch das Scheitern der Großen Koalition gerührt sein würden und ihren Widerstand gegen die Bildung einer anderen Koalition aufgeben, so würde er sich damit einer Täuschung hingeben. Wenn die Große Koalition nicht zustande kommt, so könne man die feste Sicherheit haben, daß zu dieser Spätestens in drei Monaten ein neuer Versuch gemacht werde.

Noch bei der Kabinettsbildung.

1) Berlin. Durch die getriggen Besprechungen des Reichsministers a. D. Koch mit den Parteiführern wurden die Grundlagen für die gemeinsamen interfraktionellen Verhandlungen geschaffen, die für heute vorgelesen sind. Auch die Personenfragen sind bereits getreift worden. Gemacht werden für das Amt des Reichsfinanzministers Hermann Müller, während als Außenminister Dr. Stresemann wiederkehren wird. Als Reichswirtschaftsminister wird Dr. Luther, als Justizminister Marx genannt. Wiederkehren dürfen Postminister Stinzel und Verkehrsminister Dr. Krohn, voraussichtlich auch Dr. Brauns als Arbeitsminister. Für das Innenministerium wird der Sozialdemokrat Dr. Köber, der deutsche Gesandte in Paris, in Erwägung gezogen. In diesen wären demnach noch das Finanz- und Reichswehrministerium. Wie das Berliner Tageblatt weiter erklärt, seien die Sozialdemokraten die Wiederkehr Dr. Gehlers noch wie vor für untragbar.

Der Reichstag über die Hilfsaktion für Beamte.

1) Berlin, den 14. Dezember 1925.

Zur Regierungstische: Reichsfinanzminister Dr. Luther. Der Vizepräsident des Reichstagespräsidenten ist mit drei großen Blumenspränken geschmückt.

Nachdem Präsident Koch die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. eröffnet hat, erbittet sofort Abg. Jechrenbach (Zp.) das Wort und spricht dem Präsidenten zu seinem 30. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Reichstages aus. Der Reichstag beteiligt sich gern an dieser Ehrung des Geburtstagsfestes, denn die Ehrung seines Präsidenten sei zugleich eine Ehrung des Reichstages. (Beifall.) Der Redner rühmt die vorzüglichen präsidialen Eigenschaften des Präsidenten und wünscht ihm Glück und Segen für viele weitere Jahre. (Beif. u. Appl.)

Präsident Koch dankt dem Abg. Jechrenbach und dem ganzen Reichstag für die herzlichsten Glückwünsche. (Erneuter Beifall.)

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Auf ihr stehen die Anträge auf

Erhöhung der Beamtenbezahlung.

Der Haushaltsausschuß schlägt eine Entschädigung vor, die die Regierung erwirkt, den allgemeinen Löhnerhöhungssatz für die Beamten der Gruppen I bis IV von 12% Prozent auf 25 Prozent und für die Beamten der Gruppen V und VI auf 20 Prozent zu erhöhen. Die Deutsche Volkspartei legt einen Antrag vor, wonach als einmalige Lohnmaßnahme noch vor Weihnachten den Gruppen I bis IV eine Zulage in Höhe von einem Viertel des Dezemberlohns gezahlt wird und den Beamten der Gruppen V und VI eine solche in Höhe von einem Fünftel des Monatslohns, mindestens aber den Betrag 30 Reichsmark, an Kinderbeihilfe ein Sonderzuschlag von mindestens 5 Mark und für Beamten ein Zuschlag von mindestens 10 Mark. Kriegsgeldbesitzige und Kriegshinterbliebene sollen ein Viertel des Dezemberbezugs erhalten.

Auf Antrag des Abg. Fried (Völk.) wird mit der Beratung der völkische Antrag verbunden, der eine Denkschrift über die Ministerpensionen fordert.

Abg. Morath (Zp.) berichtet über die Ausschussverhandlungen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther

erklärt, die Regierung teile den Wunsch des Reichstages, den Beamten zu helfen. Sie könne aber in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Regierung dem Antrage des Hauptausschusses nicht zustimmen, weil darin der künftigen Regelung vorgegriffen werde durch die Einführung eines laufenden Zuschlages zum Grundgehalt. Dagegen bitte die Regierung um Annahme des Antrages der Deutschen Volkspartei. Dieser Änderungsvorschlag habe in formeller Beziehung auch den Vorzug, daß er wegen seiner grundsätzlichen einmaligen Form die bessere Aussicht auf Zustimmung des Reichsrats biete. Mit Rücksicht auf die Interessen der Länder und Gemeinden erziehe es der Reichsregierung weiter geboten, bei Gewährung einer Beihilfe über die jetzige Beihilfegruppe nicht hinauszugehen. Die Reichsregierung stelle sich auf diesen Standpunkt, obwohl ihr sehr bewusst sei, daß auch bei den höheren Beihilfegruppen viele Gründe für eine Erleichterung der Lage der Beamenschaft sprechen. Angesichts der Notlage, in der sich infolge der steigenden Erwerbslosigkeit weite Teile des deutschen Volkes befinden, sei es jedoch richtiger, die Vereinfachung der nach der Finanzlage sehr eng bemessenen Mittel auf die Fälle der größten Bedrängnis zu beschränken. Der Vorschlag der Deutschen Volkspartei habe auch noch den Vorzug, daß er in seinem ganzen Aufbau die sozialen Erfordernisse in stärkerem Maße berücksichtige.

Abg. Bender (Zp.) wirft den bürgerlichen Parteien vor, daß sie die Beamten an der Nase herumführen. Der Redner tritt für die Ausschussbeschlüsse ein. Er erucht weiter um Vorlegung einer Denkschrift, in der die Pensionsausgaben auch für die kaiserlichen Beamten und Generale aufgeführt werden.

Reichstagsauflösung nach Scheitern der Großen Koalition?

1) Berlin. Wir wir aus Kreisen des Zentrums und der Demokraten erfahren, sind die beiden Mittelparteien fest entschlossen, im Reichstag einen Antrag auf sofortige Auflösung des Parlamentes einzubringen, wenn die Bemühungen zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition ergebnislos verlaufen sollten. Die beiden Parteien sind der Ansicht, daß im gegenwärtigen Parlament keine eindeutige Mehrheitsbildung möglich ist, und daß nur durch eine abermalige Neuwahl des Reichstages die Widerstände beseitigt werden könnten, die sich immer noch einer klaren Lösung der parlamentarischen Krise entgegenstellen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Montag abend nach der Plenarsitzung zu einer Fraktionsitzung zusammen, in der Abg. Dr. Scholz über seine Besprechung mit dem Abg. Koch-Weser berichtete. Die Fraktion erklärte sich damit einverstanden, daß sich Dr. Scholz zu weiteren Verhandlungen mit dem Abg. Koch bereit erklärt hat. Es wurde der Wunsch ausge-

Abg. Lamerenz (Zp.) erinnert an die vielen Regierungserklärungen, in denen der Wille betont wurde, der Notlage der Beamten abzuhelfen. Die Beamtenenschaft habe das als bindende Zusage aufgefaßt. Viele Beamte hätten im Vertrauen darauf Fortschritte und Darlehen ausgenommen, deren Rückzahlung ihnen die größte Sorge macht. Der Reichsfinanzminister v. Zühlke sei zu Unrecht angegriffen worden. Auch nach seinem Ausscheiden werde es angeht der Finanznot nicht anders werden. Wenn die Sozialdemokraten in die Große Koalition eintreten, dann können sie ja den Segen mit vollen Händen ausschütten. Die Regierung wolle, daß den Beamten vor Weihnachten in irgendeiner Form geholfen werden möchte. Ihr ist der Wunsch zu machen, daß sie für alle Anrechnungen gegenüber so lange in Schweigen geblieben ist. Die Beamtenenschaft muß aus der Erwägung der Dinge erkennen, wie wenig fruchtbar bei der Lösung der Beamtenfrage das gegenwärtige parlamentarische System ist. Der Redner lehnt den Antrag der Deutschen Volkspartei ab und fordert eine einmalige Beihilfe auch für die Beihilfegruppen über VI hinaus.

Abg. Morath (Zp.) wirft den Parteien der Linken vor, daß bei ihnen das soziale Empfinden bei der Beihilfegruppe VI aufhöre. Die Beamten müßten, daß es ihnen unter sozialdemokratischer Herrschaft kämmerer wäre, und daß der sozialdemokratische Kanzler Bauer sogar den Empfang einer Beamtenunterstützung ablehnte, die ihm ihre Notlage schildern würde. (Hört! hört! rechts.) Die Beamten auch der unteren Beihilfegruppen empfinden es als ungerecht, daß die höheren Beihilfegruppen leer aussähen sollen. (Wachen links.) Der Redner lehnt eine Ablehnung ab, die sich nur auf die Gruppen I bis IV erstreckt. Der Beamte muß vor dem Zögern der Beihilfung bewahrt werden.

Abg. Erking (Zp.) erkennt an, daß der ablehnende Standpunkt der geschäftsführenden Regierung verständlich sei. Aber es handle sich hier doch um eine Notstandsaktion, für die die Parteien die Verantwortung übernehmen würden. Die Regierung habe selbst nicht recht gemacht, was sie wolle, daher sei keine Verhandlung mit den Parteien erfolgt. 90 Prozent des deutschen Volkes lebten zwar heute sozial schlechter als vor dem Kriege, trotzdem müsse man versuchen, ab es nicht möglich sei, die Beamtenchaft aufzubessern.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt nachmals die Ausschussbeschlüsse für unannehmbar.

Abg. Torgler (Kom.) wirft den bürgerlichen Parteien vor, sie hätten Schindluder mit den Beamten getrieben. Sie hätten ihnen goldene Berge versprochen, nur um sie für die Wahlen einzufangen.

Neu eingegangen ist ein Antrag der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, den Antrag der Deutschen Volkspartei dahin zu ändern, daß eine Beihilfe im Betrage eines Fünftels des Monatslohns für die Gruppen V bis XII gewährt wird. Ferner soll die Finanzzulage auf mindestens 40 Mark bemessen werden.

Abg. Schulz-Steglich (Dem.) lehnt für seine Partei die Verantwortung für die jetzige unerträgliche Situation ab. Der preussische Finanzminister habe immer die Berechtigung der Beamtenmindernde anerkannt, er habe nur betont, daß Preußen zu ihrer Erfüllung nicht in der Lage sei, wenn es nicht die erforderlichen Zuschüsse vom Reiche erhalte. Gegenüber der Beamtenmehrheit müsse festgestellt werden, daß das Nominalgehalt der Gruppe VII von 2310 Mark jährlich nach dem gegenwärtigen Index eine Kaufkraft von rund 1600 Mark hat. Mit Rücksicht auf die Beamten nicht geholfen. Der Redner empfiehlt eine Entschädigung, die die Reichsbahnverwaltung aufzubereit, mit Rücksicht auf die große Notlage der Beamten die Darlehen niederzuschlagen, mindestens aber die Einziehung der jetzt fälligen Beträge zu unterlassen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß nach 7 Uhr.

prochen, daß nun die Diskussion über die sozialdemokratischen Programmpunkte aufgenommen werden möge. Am Spätabend des Montag hatte der Zentrumsabg. Jechrenbach eine längere Besprechung mit dem Abg. Dr. Scholz (Zp.). — Abg. Jechrenbach betonte die Notwendigkeit der Bildung der Großen Koalition und erklärte, daß das Zentrum sich an keiner anderen Regierung beteiligen werde.

Die Vorkonferenzen bei der Reichsbahn geendet.

1) Berlin. Die Verhandlungen, die am getriggen Nachmittag zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft und den Tarifgewerkschaften der Eisenbahner wegen der von dem Personal geforderten allgemeinen Lohnaufbesserung gepflogen wurden, sind, wie verlautet, ergebnislos abgebrochen worden. Die Organisationen der Eisenbahner werden im Laufe des heutigen Tages zu dem negativen Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen.